

Marc Remillard

Politische Hindernisse und Sicherheitskooperation in und um Bosnien und Herzegowina

Seit der Unterzeichnung des Allgemeinen Rahmenabkommens für den Frieden in Bosnien und Herzegowina (Dayton-Abkommen) sind nahezu fünf Jahre vergangen und Bosnien und Herzegowina ist friedlich und stabil geblieben. Es finden keine Kämpfe mehr statt und die gegnerischen Armeen haben schon lange ihre Stellungen verlassen und wurden in die Kasernen zurückgezogen. Frieden und Stabilität werden durch die Präsenz der NATO-geführten SFOR (*Stabilization Force*) gewährleistet, die derzeit etwa 20.000 Mann stark ist. Die internationale Gemeinschaft setzt ihre Bemühungen um einen dauerhaften Frieden in Bosnien und Herzegowina, der ohne Hilfe von außen tragfähig ist, fort und allgemein herrscht die Überzeugung, dass im Laufe des letzten Jahres einige Fortschritte erzielt wurden. Die wesentlichen staatlichen Institutionen - sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen - sind aufgebaut. Die Bewegungsfreiheit im Lande hat sich erheblich verbessert und die Reform der Medien ist in vollem Gange. Die Kommunalwahlen vom April 2000 bestätigten einen anhaltenden Abwärtstrend aller nationalistischen Parteien und einen zunehmenden Trend in Richtung Pluralismus und Wandel. Der Rückkehr-Prozess gilt allgemein als langsam, aber auch er geht voran. Das Rüstungskontrollregime gemäß Artikel II (vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen) und Artikel IV (subregionale Rüstungskontrolle) von Annex I-B des Dayton-Abkommens funktionieren und sind auf dem richtigen Weg, nicht zuletzt dank der geschickten und unermüdlichen Anstrengungen des Persönlichen Vertreters der Amtierenden Vorsitzenden für die Artikel-II- und die Artikel-IV-Verhandlungen, General Carlo Jean. Trotzdem ist noch ein weiter Weg zurückzulegen und vieles muss noch getan werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Problembereiche kurz gestreift: politische und wirtschaftliche Sicherheit.

Politische und militärische Voraussetzungen in Bosnien und Herzegowina

Wenn Bosnien und Herzegowina irgendeiner der euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen beitreten will, muss es zunächst eine integrierte Kommandostruktur seiner Streitkräfte schaffen. Es kann nicht angehen, dass ein Land mit 3,5 Millionen Einwohnern - und einer daniederliegenden Wirtschaft - *de facto* drei verschiedene Armeen unterhält, drei Verteidigungsminister, drei Oberbefehlshaber etc. Kurz gesagt: Verteidigungs- und außenpolitische Angelegenheiten müssen an einer Stelle zusammenlaufen - und nicht an dreien. Der Grad der Integration zwischen den kroatischen und bosnischen Teilen

der Streitkräfte der Föderation¹ kann bestenfalls als dürftig bezeichnet werden. Auf dem Papier besitzen sie ein gemeinsames Hauptquartier in Sarajewo. Tatsächlich bestehen sie jedoch aus zwei getrennten Armeen mit getrennten Organisations- und Kommandostrukturen. Nach fast fünf Jahren können sich die beiden Komponenten noch nicht einmal auf den Proporz der Teilnehmer an Seminaren und Workshops einigen, die von der internationalen Gemeinschaft organisiert und bezahlt werden, was zu Verschiebungen und Absagen führt. Mitte Mai kündigte das US-Außenministerium an, dass es aufgrund der Weigerung der politischen Führung der bosnischen Kroaten, ihre Einheiten in die Armee der Föderation - wie in den Friedensvereinbarungen von Dayton vorgesehen - zu integrieren, seine Militärhilfe für den kroatischen Teil der Föderationsarmee (VF-H) ausgesetzt hat.² Die volle Mitgliedschaft im NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" (PfP) sollte aber unterstützt werden, wobei allerdings nicht die einzelnen Entitäten Mitglieder sein können, wie es einige höhere Vertreter der Republika Srpska, die für militärische Fragen zuständig sind, kürzlich zur Vorbedingung gemacht haben.

Dringend notwendige politische Schritte, die der Aufmerksamkeit bedürfen, sind die Entwicklung funktionierender und effektiver gemeinsamer Institutionen, deren Zuständigkeiten von den Entitäten klar umrissen sein müssen, und der Aufbau eines offenen und pluralistischen politischen Lebens. Der Ständige Ausschuss für militärische Angelegenheiten³, der Ministerrat und das Parlament Bosnien und Herzegowinas funktionieren entweder überhaupt nicht oder sie sind nicht mehr als Quasselbuden, in denen nichts Wesentliches beschlossen oder verabschiedet wird.

Die großen politischen Parteien sind immer noch der kommunistischen Mentalität des früheren Jugoslawien verhaftet und viele der Arbeitsmethoden funktionieren noch in diesem Sinne. Viele Führungspositionen befinden sich weiterhin in den Händen von Leuten, die vom Krieg und von fünf Jahren Frieden profitiert haben. Dadurch sind ihre persönlichen und möglicherweise auch ihre organisatorischen Fähigkeiten, sich in europäische Strukturen zu integrieren, eingeschränkt. Es gibt skrupellose Radikale, die die Ängste der Menschen schüren, damit sie weiterhin ethnozentristisch wählen. Es fehlt an

1 Bosnien und Herzegowina ist in zwei Entitäten geteilt: in die Republika Srpska (RS), die vorwiegend serbisch ist und geographisch 49 Prozent des Landes ausmacht, und die Föderation Bosnien und Herzegowina, die überwiegend muslimisch/kroatisch ist und 51 Prozent des Territoriums einnimmt. Obwohl das Dayton-Abkommen die Integration der Armee der Föderation Bosnien und Herzegowina bis zum August 1999 vorsieht, sind deren Streitkräfte immer noch in zwei Armeen geteilt: die VF-H der bosnischen Kroaten und die VF-A als die bosniakische Komponente.

2 Reuters News Agency, U.S. suspends military aid for Bosnia Croats-media, 13. Mai 2000.

3 "Jedes Mitglied der Präsidentschaft soll kraft seines Amtes zivile Kommandogewalt über die Streitkräfte haben (...) Die Mitglieder der Präsidentschaft sollen einen Ständigen Ausschuss für militärische Angelegenheiten einrichten, der die Aktivitäten der Streitkräfte in Bosnien und Herzegowina koordiniert. Die Mitglieder der Präsidentschaft sollen Mitglieder des Ständigen Ausschusses sein." Annex IV, Art. V, Dayton-Abkommen (eigene Übersetzung).

interethnischer Toleranz und Versöhnung. Bestehende lokale Machtstrukturen in Bosnien und Herzegowina haben größtes Interesse daran, dass die Konfliktbedingungen erhalten bleiben, von denen ihre Macht abhängt. Die internationale Gemeinschaft versucht trotz des Widerstandes dieser Machtstrukturen, in Bosnien und Herzegowina einen Staat aufzubauen, der ohne Hilfe von außen auskommt und der für all seine Bürger akzeptabel ist. Da dieser Versuch an den Grundfesten der nationalistischen Regime rüttelt, sieht er sich mit systematischer Opposition konfrontiert. Obwohl die internationale Gemeinschaft dadurch im Nachteil ist, dass sie in Bosnien und Herzegowina nicht als *einheitlicher Akteur* auftritt, ist es an der Zeit, drastischere Maßnahmen zu ergreifen. Es muss ein für alle Mal eine Entscheidung gefällt werden, ob man den ständigen Widerstand und die Opposition der nationalistischen Machtstrukturen hinnehmen will - und gleichzeitig weiterhin Milliarden US-Dollar in einen Prozess pumpt, der nur wenig nachhaltige Ergebnisse zeitigt - oder ob man ein festes Zeitlimit für einige wenige vorrangige Angelegenheiten setzt. Wenn die nationalen Behörden diese nicht innerhalb der vorgegebenen Frist regeln, sollte die internationale Gemeinschaft dazu in der Lage sein, sie unverzüglich anzuordnen. Im Vertrauen kann man von einigen Beamten hören, dass die internationale Gemeinschaft viel mehr einfach anordnen sollte wie z.B. die Autonummern, die gemeinsame Währung etc. "Wenn Ihr nicht für uns entscheidet, schaffen wir das nie - unsere Meinungsverschiedenheiten sind zu groß. Wir werden mit euren Entscheidungen leben." Das vergangene Jahr zeigt jedoch eine Verbesserung im Hinblick auf den Willen der internationalen Gemeinschaft, internationale Macht einzusetzen, um den Widerstand zu überwinden. Man kann allerdings nicht den nationalen Behörden in Bosnien und Herzegowina allein die Schuld geben. Einige der tiefergehenden Probleme rühren von der Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft her, internationale Macht als Ressource zu nutzen, die nicht nur in enger Koordination, sondern auch strategisch zur Unterstützung der Implementierung des Dayton-Abkommens eingesetzt werden sollte.

Der Umstand, dass die großen Parteien immer noch wirtschaftliche Ressourcen wie Immobilien, Industrie, Kommunikationsmittel, Transport, Energie etc. kontrollieren, bleibt ein grundsätzliches Problem. Die Wirtschaft ist ruiniert. Der Einkommenssteuersatz liegt bei über 75 Prozent, was viele Leute, die das Glück haben, überhaupt Arbeit zu finden, davon abhält, Steuern zu zahlen. Das wiederum führt dazu, dass es weniger staatliche Einnahmen zur Deckung der sozialen und infrastrukturellen Grundbedürfnisse durch die Entitäten gibt. Es gibt kein Konzept, die Steuern zu senken, damit die Menschen sie bezahlen und dadurch die Staatseinnahmen steigen. Die antiquierten Zahlstellen, die von den großen Parteien kontrolliert werden, müssen abgeschafft werden. Öffentlich gewählte Beamte, die ihre einflussreichen Vorstandsposten in öffentlichen Unternehmen - ein offensichtlicher Interessenkonflikt - nicht aufgeben, sollten ebenfalls sofort ihrer Ämter enthoben werden; in dieser Richtung sind allerdings kürzlich schon einige Schritte unternommen

worden. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass der Privatisierungsprozess das nationale Vermögen in die Hände derjenigen legt, die nichts mit den alten nationalistischen Parteistrukturen zu tun haben und die damit verantwortlich umgehen.

Kooperative Sicherheit statt internationaler Sicherheitsgarantien⁴

Bei einem Besuch des kroatischen Präsidenten Stipe Mesić in Bosnien und Herzegowina im März 2000 war eines der Themen auf der Agenda die kroatische Finanzhilfe für die VF-H. Darüber bei einer Pressekonferenz befragt, schlug Mesić vor, diese finanzielle Unterstützung mit der Zeit auslaufen zu lassen. Dies unterstreicht die Tatsache, dass weder Kroatien noch Bosnien und Herzegowina sich die Streitkräfte leisten können, die sie derzeit unterhalten. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds wenden beide Länder mehr als fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben auf - ein Mehrfaches von dem, was die NATO-Mitglieder Ungarn und die Tschechische Republik ausgeben. Zusammen haben die Streitkräfte in Bosnien und Herzegowina einen Umfang von etwa 60.000 Mann. Proportional würde das für Deutschland Streitkräfte von über einer Million, für Großbritannien von 750.000 und für Polen von 500.000 Mann bedeuten - das ist in Europa nach dem Kalten Krieg eindeutig unhaltbar.

Kroatien und Bosnien und Herzegowina haben noch etwas anderes gemeinsam: Ihre Militärhaushalte lassen nicht erkennen, wie viel tatsächlich für das Militär aufgewendet wird. So sind z.B. im kroatischen Militärhaushalt die rund 120 Millionen DM, die für die VF-H in Bosnien und Herzegowina im Jahre 1999 ausgegeben wurden, nicht enthalten. In den Verteidigungsetats der Entitäten in Bosnien und Herzegowina fehlen die Aufwendungen für Beschaffung, Unterhalt, Pensionen, Veteranen und Sozialleistungen - große Ausgabenposten, die, würden sie ins Budget einbezogen, den Prozentanteil der Verteidigungsausgaben am BIP erheblich steigern würde. Die internationale Gemeinschaft drängt die nationalen Behörden Bosniens und Herzegowinas dieses Problem einzugestehen und etwas zu unternehmen, um es in angemessener Frist zu behandeln. Es müsste sofort damit begonnen werden, ein Klima des dauerhaften Friedens und der Sicherheit zu schaffen, das ausländische Investitionen nach Bosnien und Herzegowina bringt.

Dies ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zum Aufbau einer lebensfähigen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina und der Besuch Präsident Mesićs unterstreicht, dass die Wahlen nach dem Tod Franjo Tudjmans in Kroatien Bosnien und Herzegowina neue Möglichkeiten zum Aufbau einer kooperativen Sicherheitsstruktur in Südosteuropa eröffnen. Die Argumente für die

4 Die folgenden Ausführungen wurden in ihren Grundzügen bereits in einer Erklärung des Leiters der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, Botschafter Robert L. Barry, vor dem OSZE-Forum für Sicherheitskooperation am 29. März 2000 öffentlich vorgetragen.

Verringerung der Mannschaftsstärken und der Militärhaushalte wurden bereits in der Madrider Erklärung des Friedensimplementierungsrates aus dem Jahr 1998 sowie von der Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas beim Gipfeltreffen zum Stabilitätspakt in Sarajewo und bei späteren Gelegenheiten dargelegt. Das Entscheidende ist, dass die Wirtschaft Bosnien und Herzegowinas das derzeitige Niveau seiner Militärausgaben nicht tragen kann. General Montgomery Meigs, der frühere Befehlshaber der SFOR, sagte auf seiner letzten Pressekonferenz am 11. Oktober 1999: "Was meiner Meinung nach hier passieren muss, ist, dass wir die Militärstrukturen reduzieren müssen. Sie (Bosnien und Herzegowina) können sich das, was Sie haben, nicht leisten und vieles von Ihrem Potential kann nicht unterhalten werden und verrotten. Der Anteil an den Staatsfinanzen, der hier für das Militär aufgewendet wird, ist entsetzlich (...) unverschämt. Vierzig Prozent des Haushalts der Föderation fließen in die Verteidigung: Das ist verrückt. Das muss gestoppt werden."⁵

1999 waren alle drei Armeen vorbehaltlos dazu verpflichtet, ihre Streitkräfte um 15 Prozent zu reduzieren; weitere 15 Prozent sind für das Jahr 2000 vorgesehen. Während die erste Runde mehr oder weniger implementiert ist, steht die zweite 15-prozentige Reduzierung im Jahre 2000 aufgrund politisch motivierter Zögerlichkeit und Zeitschinderei noch aus. Es ist - über diese 30 Prozent hinaus - notwendig, sich mit Form und Struktur der Streitkräfte der Entitäten zu befassen. Clare Short von der britischen Regierung traf in ihrer programmatischen Rede beim Londoner Symposium über Militärausgaben in Entwicklungsländern Anfang des Jahres den Nagel auf den Kopf, als sie sagte: "Eine gute Politik und Transparenz bei der Verwaltung der Mittel ist der Weg nach vorn. Ich hoffe und erwarte, dass wir es erleben werden, wie Verteidigungsministerien und Militärs sich an die Spitze der Reform setzen, mit einer neuen Entschlossenheit, ihre Haushalte besser zu verwalten und ihrem Volk besser zu dienen."⁶

Eine von nationalen zivilen und Militärvertretern derzeit immer wieder benutzte Erklärung dafür, dass die Reduzierungen nicht fortgesetzt werden, ist, dass "kein Geld zur Zahlung der Pensionen für demobilisierte Soldaten vorhanden ist". Das ist ganz offensichtlich falsch, da demobilisierte Soldaten etwa 60 bis 70 Prozent ihres Solds als Pension erhalten. So würden 30 bis 40 Prozent gespart, die zur Umgestaltung und Professionalisierung eingesetzt werden könnten. Tatsache ist, dass die derzeitigen großen stehenden Armeen ein destabilisierender Faktor sind, der nicht nur den Durchschnittsbürger Bosnien und Herzegowinas in Angst versetzt, sondern auch jegliche ausländische Investitionen verhindert, die so dringend erforderlich wären.

Welche Arten von Streitkräften werden gebraucht? Was ist finanziell tragbar und wie passt das Nachbarland Kroatien ins Bild? Die Struktur der Streit-

5 Zit. nach: www.nato.int/sfor/trans/trans.htm (eigene Übersetzung).

6 Security Sector Reform & Military Expenditure Symposium, London, 15.-17. Februar 2000, <http://www.worldbank.org/publicsector/pe/military.htm> (eigene Übersetzung).

kräfte Bosnien und Herzegowinas beruht gegenwärtig auf dem uneingestandenem Postulat, dass jede der Volksgruppen ihre eigene Armee zur Verteidigung gegen die anderen brauche. Deshalb ist der kroatische Bestandteil, die VF-H, nur symbolisch in die Föderationsarmee integriert, und die Streitkräfte der Föderation und der Republika Srpska (VRS) halten Reserven und eingelagerte Waffenbestände vor, so dass eine großangelegte Mobilisierung theoretisch möglich wäre, sollten die Feindseligkeiten wieder ausbrechen. Die hohen Offiziere in beiden Entitäten kommen zunehmend zu der Einsicht, dass dies ein unwahrscheinliches Szenario ist und obendrein eines, das aufrechtzuerhalten sie sich nicht leisten können.

Es ist außerdem ein Szenario, das von ausländischer Militärhilfe abhängt. Die gesamte finanzielle Unterstützung für die VF-H kommt aus Kroatien. Es ist ebenfalls bekannt, dass die (bosniakische) VF-B als Teil der Streitkräfte der Föderation zusätzlich zu den Mitteln aus dem "Train-and-Equip"-Programm für die Armee der Föderation Bosnien und Herzegowina, das die USA gestartet haben, nicht näher spezifizierte Zuwendungen erhält, von denen es heißt, dass sie in bargeldschweren Aktenkoffern aus Ländern im Nahen Osten kommen. Die Republika Srpska erhält begrenzte finanzielle Hilfe aus Belgrad, obwohl diese seit der Operation *Allied Force* gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) zurückgeht, und viele Offiziere der VRS werden noch immer an Militärschulen und Generalstabsakademien in der BRJ ausgebildet. Die meisten dieser Programme neigen sich jetzt dem Ende zu. Das birgt die Möglichkeit in sich, erhöhte Transparenz zu schaffen und schließlich jegliche ausländische Militärhilfe auslaufen zu lassen. Kroatien hat zugestimmt, seine verringerten Zuschüsse durch offizielle offene Kanäle unter der Aufsicht des Ständigen Ausschusses für militärische Angelegenheiten fließen zu lassen, der auf staatlicher Ebene für Verteidigungspolitik in Bosnien und Herzegowina zuständig ist. Anfang Mai 2000 wurde ein Abkommen über die spezifischen Verfahren des Transfers und der Verwendung zwischen dem Finanzministerium der Republik Kroatien und den Ministerien für Finanzen und für Verteidigung der Föderation Bosnien und Herzegowina unterzeichnet. Es ist an der Zeit, dass auch die anderen Geber so verfahren und dass die Militärhaushalte der beiden Entitäten über diese Zuschüsse Rechenschaft ablegen. Ob das realistisch ist, hängt von der Fähigkeit bzw. dem Willen der Beteiligten ab, das Sekretariat⁷ des Ständigen Ausschusses zu stärken, das derzeit nicht viel mehr als ein Briefkasten für die Militärberater der drei Mitglieder der gemeinsamen Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas ist. Die

7 Das Sekretariat des Ständigen Ausschusses für militärische Angelegenheiten wurde schließlich im Juli 1999 eingerichtet. Es ist im Haus der Gemeinsamen Institutionen in Sarajewo untergebracht und besteht aus drei Militärberatern der Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas (im Generalsrang), drei militärischen Assistenten (im Rang eines Majors bzw. Oberstleutnants) und drei Sekretärinnen. Das Personal ist zwar außerordentlich fähig und hegt die besten Absichten, der politische Wille von oben, sie mit den notwendigen Ressourcen und der entsprechenden Autorität auszustatten, damit das Sekretariat zu einem soliden und effektiven Organ werden kann, ist jedoch nicht vorhanden.

Streitkräfte der Entitäten sollten sich auf ein Ende der ausländischen Militärhilfe einstellen: entweder, indem sie planen, die Programme, die zur Zeit von ausländischen Gebern unterstützt werden, selbst zu finanzieren oder sie auslaufen zu lassen.

An Ende des Reduzierungsprozesses sollen wesentlich kleinere und umstrukturierte Streitkräfte stehen. Im Vertrauen sprechen die für die Verteidigungsfragen Zuständigen von Berufs- anstelle von Wehrpflichtarmeen, die erheblich kleiner sind als die heutigen Armeen und die eher dafür geeignet sind, äußeren als inneren Bedrohungen zu begegnen; darüber hinaus sollen sie die Fähigkeit zum Peacekeeping, zur Teilnahme am PfP-Programm, zur Katastrophenhilfe etc. haben. Einige können sich sogar eine gemeinsame Armee am Ende der Entwicklung vorstellen, allerdings mit in sich homogenen Einheiten. Andere wiederum sind dafür, die Entitäts-Strukturen beizubehalten, allerdings mit wesentlich stärkerer Integration der Kommandostrukturen und der Politik auf staatlicher Ebene und unter größerer Betonung auf gemeinsamen Operationen. Nach einem solchen Modell wären die zentralen Einheiten professionell ausgebildete schnelle Eingreiftruppen, die dafür ausgerüstet wären, lokale Konflikte zu bewältigen, nicht aber den Einfall eines Gegners in der Größenordnung des Kalten Krieges abzuwehren. Dies würde eine freiwillige Absenkung der Obergrenzen für schwere Waffen gemäß dem Abkommen von Florenz⁸ bedeuten, wobei man damit beginnen könnte die zahlreichen Ausnahmefälle des Abkommens abzuschaffen.

Wenn die internationale Gemeinschaft zu Diskussionen über diese Themen mit Beamten aus dem Verteidigungsministerium oder Politikern aus Bosnien und Herzegowina zusammentrifft, kommt das Gespräch schnell auf Sicherheitsgarantien. "Wir leben in einer gefährlichen Nachbarschaft", sagen unsere Gesprächspartner, "insbesondere da Milošević in Belgrad immer noch an der Macht ist. Wenn die NATO oder die EU unsere Sicherheit garantieren würde, könnten wir diese Sicherheitsrisiken auf uns zu nehmen. Wir glauben nicht mehr an eine Bedrohung durch die andere Entität, aber die Bedrohung von außen gibt es nach wie vor." Direkte Sicherheitsgarantien durch die NATO oder die EU sind nicht zu erwarten. Das heißt aber nicht, dass regionale kooperative Sicherheitsabmachungen, die von der NATO, Russland und der EU unterstützt werden, diese Lücke nicht füllen könnten. Mit der neuen Regierung in Kroatien und einer möglichen schnellen Assoziation Kroatiens mit der NATO gibt es eine reelle Chance zur Zusammenarbeit zwischen Bosnien und Herzegowina und Kroatien, die den Grundstein dieses kooperativen Sicherheitsarrangements bilden könnte. Eine fortgesetzte NATO-Präsenz in der Region wird für die notwendige Untermauerung kooperativer Sicherheit sorgen. Da das US-Militär es aufgrund der strikten Umweltgesetzgebung zu-

8 Vgl. Artikel IV, Annex 1-B des Dayton-Abkommens. Das Abkommen von Florenz vom 14. Juni 1996 ist ein subregionaler Rüstungskontrollmechanismus, der die Obergrenzen für schwere Waffen regelt. Unterzeichner sind die Republik Kroatien, (der Staat) Bosnien und Herzegowina, die Föderation Bosnien und Herzegowina, die Republika Srpska und die Bundesrepublik Jugoslawien.

nehmend schwieriger findet, in Deutschland Manöver mit scharfer Munition durchzuführen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es auf dem Balkan nach Alternativen sucht. Die Schießanlage in Livno-Glamoc in der westlichen Herzegowina, die von der Armee der Föderation Bosnien und Herzegowina betrieben wird, könnte nicht nur von US-Streitkräften in Europa, sondern auch von schnellen Eingreiftruppen der NATO und der EU, die in der Region stationiert sind, als Schießanlage für Übungen mit scharfer Munition genutzt werden. Dies würde ihre Bereitschaft zu Übungen im Rahmen der PfP mit kroatischen und bosnisch-herzegowinischen Streitkräften aufrechterhalten und entsprechendes Manövergelände zur Verfügung stellen. Ein solcher Schritt müsste eigentlich begrüßt werden, da er richtigerweise ein langandauerndes NATO-Engagement in der Region und damit Sicherheitsgarantien für Bosnien und Herzegowina signalisiert. Das würde bedeuten, dass die NATO nach dem Abzug von SFOR und KFOR im Hintergrund präsent bliebe mit der Fähigkeit zu schnellen Truppenverlegungen, einer Fähigkeit, die von Zeit zu Zeit geübt werden sollte, wie es in Korea mit dem jährlichen Manöver "*Team Spirit*" und in Westdeutschland von der NATO mit dem Manöver "*Reforger*" gehandhabt wurde. Kroatien sollte dabei durch seine Genehmigung zum Transit aus Ungarn, Italien und der Adria eine zentrale Rolle spielen.

Neue vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) können in einem kooperativen Sicherheitssystem eine wichtige Rolle spielen. Das System, das Ungarn und Rumänien errichtet haben, ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel. Kroatien und Bosnien und Herzegowina könnten jetzt damit beginnen solche VSBM zu erörtern, verknüpft mit der Erwartung, dass sich Jugoslawien diesen nach dem Ende der Herrschaft Miloševićs zu einem späteren Zeitpunkt anschließen würde. Elemente eines solchen Systems könnten u.a. sein: Beschränkungen von Truppenstationierungen oder -bewegungen innerhalb von zehn Kilometern Entfernung zur Grenze, Beschränkungen hinsichtlich der Mobilisierung, ein erweitertes Inspektionsregime, das auch Luftüberwachung einschließt, gegenseitige Besuche bei militärischen Einheiten sowie gemeinsame Manöver, insbesondere solche Übungen, die Hilfe für Zivilbehörden einschließen (Katastrophenhilfe). Eine Peacekeeping-Brigade unter Beteiligung Kroatiens, Bosniens und Herzegowinas, Sloweniens und möglicherweise Ungarns wäre ein weiterer Anreiz zur Integration der drei militärischen Kontingente in Bosnien und Herzegowina und würde dazu beitragen, den Weg für PfP-Aktivitäten in der Region zu ebnen. Diese Art der Zusammenarbeit könnte die Entwicklung einander ergänzender Verteidigungsdoktrinen und demokratischer Kontrolle der Streitkräfte befördern, was die kooperative Sicherheit voranbringen würde. Selbstverständlich muss an diesem Tisch Platz für Jugoslawien nach Miloševićs sein, und Vertreter der Opposition sollten in die Diskussionen über das Konzept mit einbezogen werden.

Ein weiteres Element beim Aufbau kooperativer Sicherheit muss die Eindämmung der Geheimdienste sein. Wie der Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina bemerkte, "ist es keine Übertreibung zu behaupten, dass die entstehenden Beziehungen zwischen extremistischen Politikern, den Überresten der alten Sicherheitsdienste und der organisierten Kriminalität in diesem Land das größte Hindernis für demokratische Reformen, Wirtschaftsinvestitionen und die Mitgliedschaft in euro-atlantischen Strukturen darstellen".⁹ In Bosnien und Herzegowina führen die drei Geheimdienste subversive Kampagnen gegen das Land, wie die "Operation Westar"¹⁰, eine von SFOR-Einheiten durchgeführte Razzia gegen den bosnisch-kroatischen Geheimdienst SNS, in Mostar im Oktober 1999 an den Tag brachte. Der SNS, der mit den kroatischen Geheimdiensten in Verbindung steht, führte ein Vielzahl von Operationen, häufig auch zur Unterstützung des organisierten Verbrechens, durch. Man vermutet, dass der bosnische Geheimdienst AID vergleichbare Kontakte zur organisierten Kriminalität unterhält und - wie der SNS - politische Aktionen zur Unterstützung der regierenden Partei unternimmt. Der Geheimdienst der Republika Srpska steht in enger Verbindung mit Milošević und führt ebenfalls eine Vielzahl zwielichtiger und illegaler Operationen durch. Es ist an der Zeit, diese Dienste unter Kontrolle zu bringen, ihre Verbindungen nach Serbien und Kroatien zu kappen und sie zu professionalisieren oder ganz aufzulösen. Kroatien könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen und seine Unterstützung für den SNS einstellen.

Die Wahlen in Kroatien haben neue Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Bosnien und Herzegowina und Kroatien eröffnet. Wie der Besuch von Präsident Mesić gezeigt hat, haben die Führungen beider Länder bereits damit begonnen, eine Agenda auszuarbeiten, um die Vorteile der neuen Möglichkeiten zu nutzen. Kooperative Sicherheit sollte weit oben auf dieser Agenda stehen; erstens, weil beide Länder ihre Militärausgaben reduzieren müssen, wenn ihre Volkswirtschaften überleben sollen, und zweitens, weil Kooperation die einzige Möglichkeit ist, Sicherheit mit erheblichen Einschnitten bei den Militärausgaben zu gewährleisten. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für beide Seiten, einen intensiven Dialog über ihre Rolle in der Region Südosteuropa aufzunehmen. Dies ist der beste Weg, eine strategische Partnerschaft zwischen Kroatien und der NATO aufzubauen und der Bedrohung zu begegnen, die immer noch von Milošević ausgeht.

9 Robert L. Barry, Rede an der Universität Sarajewo, 20. Oktober 1999 (eigene Übersetzung).

10 An der Operation Westar waren mehr als 1.400 SFOR-Soldaten beteiligt. Durch die Beschlagnahme tausender Dokumente und Computerdateien erhielt SFOR Informationen über die Operationen der kroatischen und bosnisch-kroatischen Geheimdienste, einschließlich der Observation internationaler Beamter und ortsansässiger Mitarbeiter internationaler Organisationen. Besonders alarmierend war die Bestätigung dafür, dass die Geheimdienste in kriminelle Machenschaften - bis hin zur Kinderpornographie - verstrickt waren, um ihre Einkünfte aufzubessern.